

Georg Eckert | Peter Geiss | Arne Karsten (Hrsg.)
DIE PRESSE IN DER JULIKRISE 1914



Georg Eckert | Peter Geiss | Arne Karsten
(Hrsg.)

DIE PRESSE IN DER JULIKRISE 1914

Die internationale Berichterstattung und
der Weg in den Ersten Weltkrieg

 **Aschendorff**
Verlag

Bildnachweis

www.erster-weltkrieg.wien.gv.at: S. 24; Verlag Aschendorff: 45, 177, 179, 195;
akg-images, Berlin: S. 57, 65; Bibliothèque nationale de France: S. 85; Wikime-
dia Commons: S. 27, 63, 87, 107, 115, 139, 149, 181; Punch, 26. August 1914:
S. 127

© 2014 Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54 Abs. 2, UrhG, werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Printed in Germany

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier 

ISBN 978-3-402-13031-5

Inhalt

<i>Georg Eckert / Peter Geiss / Arne Karsten</i> Krisenzeitungen nach Sarajevo: Wechselwirkungen zwischen Presse und Politik	7
<i>Alma Hannig</i> „Wer uns kränkt, den schlagen wir nieder“: Die Wiener Tagespresse in der Julikrise 1914	21
<i>Arne Karsten</i> „Das Ultimatum ist hart, aber in dieser Härte unvermeidlich“: Die Julikrise 1914 im Spiegel deutscher Zeitungen	43
<i>Jörg Baberowski</i> „Der Nationalismus ist ein mächtiges Gefühl“: Die russische Presse und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges	61
<i>Peter Geiss</i> „Das unsterbliche Frankreich, der Soldat des Rechts“: Französische Zeitungen in der Julikrise 1914	83
<i>Georg Eckert</i> Steife Oberlippe, hängende Unterlippe: Julikrise und Kriegsbeginn in der Londoner „Times“	113
<i>Sabine Mangold-Will</i> Konstantinopels große Gelegenheit: Vom Lachen des unbeteiligten Dritten zum Kampf ums Überleben und gegen die Feinde des Islam	137
<i>Charlotte Lerg</i> Washington: „Die Welt sicher machen für die Demokratie“	165
<i>Volker Reinhardt</i> Die „Neue Zürcher Zeitung“ und die Julikrise 1914	193
Autorenverzeichnis	267
Personenregister	269



Krisenzeitungen nach Sarajevo: Wechselwirkungen zwischen Presse und Politik

„Wieder ist uns das Instrument über den Kopf gewachsen“, resümierte Karl Kraus im November des Jahres 1914. Damit meinte der angriffslustige österreichische Schriftsteller die Presse, die Lügen zur politisch wirksamen „Wahrheit“ zu erheben vermöge, keineswegs nur in Zeiten des Krieges. Überhaupt beklagte er, „welch kleine Angelegenheit so ein Weltkrieg war neben der geistigen Selbstverstümmelung der Menschheit durch ihre Presse, und wie er im Grund nur eine ihrer Ausstrahlungen bedeutet hat“.¹

Zweifellos vertrat Kraus eine extreme Position, als er den tobenden Weltkrieg zur bloßen Begleiterscheinung des Haupteffektes erklärte. Er behauptete, dass zwar die „Tat stärker als das Wort“ sei – „aber stärker als die Tat ist der Schall“.² Doch Kraus war keineswegs der einzige Zeitgenosse, der den Ausbruch des Ersten Weltkriegs in einen engen Zusammenhang mit der Macht der Presse rückte. Davon zeugen zahlreiche zeitgenössische Belege, die auf der Bedeutung der „öffentlichen Meinung“ insistierten. So registrierte Stefan Zweig in Wien „plötzlich Plänkeleien in den Zeitungen, deren Crescendo zu gleichzeitig war, um ganz zufällig zu sein“.³ Mitten in der Julikrise wurde der deutsche Botschafter in London beauftragt, die britische Presse im Sinne Österreich-Ungarns zu beeinflussen.⁴ „Hätte Deutschland eine freie Presse besessen, die deutsche Nation wäre niemals in die Irre geführt worden“,⁵ mutmaßte die Londoner „Times“ in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Die „New York Times“ schätzte unterdessen ihren internationalen Einfluss so hoch ein, dass sie im Dezember 1914 gar titeln konnte: „Widerhall in Vorwärts erwartet“.⁶ Der seinerzeitige deutsche Botschafter in den USA urteilte rückblickend, die „öffentliche Meinung in Amerika wird von den amerikanischen Tageszeitungen beeinflusst, nicht nur reflektiert“.⁷

Zu solchen tagesaktuellen Einschätzungen der Macht der Presse gesellten sich prinzipielle Reflexionen, die manche Zeitgenossen unternahmen. Schon während des Krieges untersuchte beispielsweise der anglophile Kurt Hahn, im Auswärtigen Amt tätig, die englische Presse auf die Abhängigkeit der Minister des Vereinigten Kö-

nigreiches „von der öffentlichen Meinung“, ⁸ ausgerechnet in einem Vortrag bei der „Deutschen Gesellschaft von 1914“. Nach dem Kriege wiederum, im Jahre 1922, schrieb der zeitweilig im Umfeld des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson wirkende Journalist Walter Lippmann über die ungeheure Macht medial generierter Weltbilder. Lippmanns Buch „Public Opinion“ ist bis heute ein Klassiker, in dem er nicht zuletzt Erfahrungen der Massenkommunikation aus dem Weltkrieg verarbeitete. ⁹ Nicht umsonst hat später George F. Kennan, der den Ersten Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ betrachtete, eine zentrale Frage gestellt – diejenige, ob die „reife Generation von 1914“ nicht das „Opfer gewisser massiver Mißverständnisse gewesen sein“ müsse, „unsichtbar natürlich für sie selbst, aber heute identifizierbar?“ ¹⁰ Die besagten Mißverständnisse wurden vor allem von Zeitungen transportiert und zum Teil auch erzeugt: Die Presse war in der Julikrise ein wichtiger Indikator, aber gerade als vermeintlich zuverlässiger Indikator eben zugleich ein zentraler Faktor der Politik, ¹¹ wie die einleitenden Überlegungen im Folgenden deutlich machen sollen.

1. INDIKATOR UND FAKTOR DER POLITIK: JULIKRISE UND PRESSE

Gewiss konnten sich hinter Diagnosen über die enorme Macht der Presse selbstbewusste Übertreibungen von Herausgebern und Journalisten einerseits, eine gewisse Verantwortungsentlastung andererseits verbergen, gerade in Selbstrechtfertigungen der handelnden Politiker. Ebenso gewiss fielen die politischen Entscheidungen, die wenige Wochen nach dem tödlichen Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gattin in den Weltkrieg führten, nicht in den Redaktionsstuben, sondern in Kabinetten und Parlamenten. Kein Journalist hat den Thronfolger erschossen, den in der seinerzeitigen Öffentlichkeit unbekannten „Blankoscheck“ unterschrieben, das Ultimatum an Serbien abgefasst oder die russische Mobilmachung angeordnet; Journalisten haben darüber berichtet und spekuliert. Die Presse wirkte insofern als Indikator und als Nachrichtenübermittler. Doch zugleich wirkte sie eben auch als Faktor – bereits durch die Auswahl der Nachrichten, die sie übermittelte, ungleich mehr in scharfen Meinungsartikeln. Schon das Attentat von Sarajevo ereignete sich in gewisser Weise erst dadurch, dass Zeitungen darüber berichteten – und wie sie es taten, beeinflusste auch die Leser in den Hauptstädten. So wäre etwa die Entstehung des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien vom 23. Juli 1914 selbst, ¹² vor allem aber die Wucht

der krisenverschärfenden Empörung, die nach dem Ultimatum und umso mehr nach der Zurückweisung der sehr entgegenkommenden Antwort Belgrads Europa erfasste,¹³ ohne die Dynamik der Presse kaum erklärbar. Im russischen Ministerrat vom 24. Juli wurde die Forderung nach konsequenter Unterstützung Serbiens bezeichnenderweise auch damit gerechtfertigt, dass die „öffentliche und parlamentarische Meinung“ eine Zurückhaltung des Zarenreiches nicht verstehen würde.¹⁴ Die kompromisslose Schärfe des Ultimatums selbst war auch, aber nicht nur das Ergebnis strategischer Berechnung gewesen;¹⁵ sie fügte sich in eine mediale Umgebung ein, in der unablässig auf die Verantwortung der serbischen Regierung verwiesen worden war.

In jedem Fall ist eine intensive Beteiligung der Zeitungen am Krisengeschehen festzustellen, die Bernhard Rosenberger als (moralisch vielleicht etwas zu stark aufgeladene) „persönliche Verstrickung“¹⁶ von Journalisten und Zeitungseignern charakterisiert hat. Dabei kann von einer Zwangsläufigkeit der Entwicklung, von einer journalistischen „Einbahnstraße“ in die Urkatastrophe nicht die Rede sein. Der Weltkrieg „platzte“ Dominik Geppert zufolge ausgerechnet „in eine Zeit relativer Ruhe“ an der „Pressefront“ herein.¹⁷ Diese Annahme bestätigt ein Vorgang aus dem Juli 1914, der in bewegteren Zeiten der deutsch-britischen Pressegeschichte möglicherweise einen gewaltigen Sturm im Blätterwald ausgelöst hätte: Nur kurz vor dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien, am 20. Juli nämlich, berichtete die „Times“ in einem kleinen Artikel darüber, dass der deutsche Kronprinz Wilhelm von Preußen persönlich eine allzu schneidige militärpolitische Veröffentlichung gelobt hatte – in einem höchstselbst verfassten Telegramm. Das Lob hatte einem Büchlein von Hermann Frobenius mit dem Titel gegolten: „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“, in der vierzehnten, nach Kriegsausbruch erschienenen Auflage gar mit einer Werbebanderole geschmückt, deren dicke rote Lettern jenen Lobesspruch des Kronprinzen prangend wiederholten, der zum Anlass des „Times“-Berichtes geworden war.¹⁸ Frobenius hatte Großbritannien als den eigentlichen Feind des Deutschen Reiches ausgemacht und für das Jahr 1915 einen europäischen Waffengang als unvermeidlich angekündigt. Mehr als eine knappe Notiz zu diesem „chauvinistischen Pamphlet“ war der „Times“ die Angelegenheit allerdings gar nicht wert;¹⁹ sie hetzte also noch wenige Tage vor dessen Ausbruch gerade nicht in den Krieg.

Auch für die anderen Kriegsnationen lassen sich solche Belege finden. Kein Zweifel besteht deshalb daran: „Die“ Presse war nicht die Kraft, die im Sommer 1914 an vorderster Front in den Krieg

trieb²⁰ – und doch wäre der Eskalationsprozess der Julikrise ohne den Faktor Presse kaum denkbar. Zeitungen hatten zumal in einer langfristigen Perspektive maßgeblichen Anteil an der Genese und Verfestigung jener geopolitischen und psychologischen „Weltkarten“ (Lippmann) und Feindbilder, die in den Köpfen der maßgeblichen Politiker abgespeichert waren, und nun in fataler Weise handlungsrelevant wurden.²¹ Dazu zählte etwa die sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und Österreich-Ungarn als auch in Rußland verbreitete Vorstellung, in den vergangenen Krisen immer wieder vor dem Gegner zurückgewichen zu sein und nun eine finale rote Linie ziehen oder aber als Großmacht „abdanken“ zu müssen – beziehungsweise, wie Russlands Außenminister Sasonow es im Ministerrat des 24. Juli ausdrückte, als „dekadenter Staat“ zu gelten und „ins zweite Glied“ zurückzutreten.²²

Genau diesen obsessiven Gedanken vertraute der französische Staatspräsident Raymond Poincaré nach seinem Staatsbesuch in Sankt Petersburg seinem Tagebuch an, als er angesichts der von ihm als zu lax empfundenen Gangart seiner russischen Verbündeten eine „Abdankung“ („abdication“) des Zarenreiches befürchtete. Ganz ähnliche Ängste kamen zum Ausdruck, als Kaiser Wilhelm II. in seiner berühmten Reichstagsrede bei Kriegsbeginn betonte: „Uns treibt nicht Eroberungssucht, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat“.²³ Solche fixen Ideen gewannen schon durch ihre bloße journalistische Wiederholung eine Plausibilität, die ihr kritisches Hinterfragen erschwerte.²⁴ Auch die höchsten Entscheidungsträger konnten sich dem nicht entziehen, was die Presse an Einordnungen und Bedeutungszuweisungen in den öffentlichen Raum stellte: Sie war wesentlich daran beteiligt, aus einem politischen Mord, der das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien betraf, eine Herausforderung der europäischen Mächtebalance werden zu lassen, ja ihn gar in das Szenario eines Existenzkampfes der Großmächte einzupassen.²⁵

Die Berichterstattung in den Zeitungen formte „Erfahrungsräume“ und „Erwartungshorizonte“ aus.²⁶ Derlei meinte schon Lippmann, wenn er auf die Eigendynamik der militärischen Grundannahmen einging – wie etwa die geradezu axiomatische Konstellation des Zweifrontenkriegs gegen Deutschland, deren Wegfall 1917 nicht in die Denkgewohnheiten französischer Militärs gepasst und deshalb zu der absurden Idee einer deutsch-japanischen Ostfront als Ersatz für die deutsch-russische geführt habe.²⁷ Eine solche Idee konnte aufgrund der schlichten geographischen Fakten²⁸ nicht zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden – die vor 1914 allenthalben grassierende Zwangsvorstellung, selbst schnell losschla-

gen zu müssen, um nicht Opfer der militärischen Initiative der Gegenseite zu werden, hingegen durchaus.²⁹ Diese Zwangsvorstellung prägte keineswegs nur geheime Planungen, sondern ragte als Denkmuster auch in den publizistischen Bereich hinein, und dies mit grenzüberschreitendem Effekt. Das im Jahre 1912 erschienene Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ des Generals und Militärtheoretikers Friedrich von Bernhardi ist ein Musterbeispiel solcher Rezeptionen: Die „Times“ hatte darin ein „Plädoyer nicht zugunsten der gezielten Vorbereitung für den Krieg, sondern zugunsten der Vorbereitung des Krieges“ erblickt.³⁰

Die Berichterstattung zwischen dem Attentat in Sarajevo und dem Kriegeausbruch am 01. August 1914 macht nebenbei wesentliche Züge der „Verwandlung der Welt“ (Jürgen Osterhammel) im 19. Jahrhundert deutlich. Man wird zwar nicht von einer „europäischen“ Presse reden können, aber wohl davon, dass die nationalen Blätter in europäischen Bezügen dachten – nachvollziehbar an der erstaunlichen Intensität, mit der Zeitungen in regelmäßigen Rubriken und ad hoc verfolgten, was die Presse im jeweiligen Ausland geschrieben hatte, dank eines dichten Telegraphienetzes in tagesaktueller Manier.³¹ Man wird auch von keinem Primat der Wirtschaft reden können, aber doch davon, dass ökonomische Daten für die Berichterstattung allerorten relevant waren: Börsenkurse galten in der Presse als zuverlässige Barometer des politischen Wetters.³²

Ohne die meinungsformende Kraft der Zeitungen im In- und Ausland ist der Kriegeausbruch im August 1914 kaum hinreichend zu erklären; bereits für viele Zeitgenossen stand außer Frage, dass die Presse den Krieg in letzter Konsequenz „mit herbeigeführt“ habe.³³ Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich deutlich abgezeichnet, dass politische Entscheidungen immer weniger in traditioneller Weise von den Angehörigen einer kleinen Herrschaftselite ausgehandelt werden konnten, sondern eben diese Rücksicht zu nehmen hatte auf die „Stimmung der Straße“. Im Deutschen Reich war die Presse längst „nicht nur ein Sprachrohr, sondern eine selbständige Macht“ geworden,³⁴ ein wesentlicher Faktor der Politik – und das gilt für die anderen Staaten nicht weniger.³⁵ Auch in der Julikrise lässt sich das nachweisen. Einerseits war sie zwischen dem Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 und dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien am 23. Juli 1914 kein Ereigniszusammenhang, in den sich die Politik allein von den Medien hätte treiben lassen; das „Krisenmanagement“ lag in den Händen der politischen Entscheidungseliten.³⁶ Kein öffentlicher Druck zwang Wilhelm II. zwei Tage nach dem Attentat von Sarajevo unmittelbar dazu, in seinen Randnotizen zu einem Botschafterbericht aus Wien zu verlan-

gen, dass mit „den Serben [...] aufgeräumt“ werden müsse – „und zwar bald“.³⁷ Keine Pressekampagne drängte den französischen Präsidenten Raymond Poincaré unmittelbar dazu, bei seinem Staatsbesuch in Sankt Petersburg dem Zaren weitreichende Beistandszusagen für den Waffengang mit Österreich-Ungarn – und damit in logischer Konsequenz auch mit dessen Verbündeten Deutschland – zu machen.³⁸ Zumindest die in diesem Band betrachteten französischen Zeitungen waren in der Julikrise keine „Kriegstreiber“³⁹ und die britischen gewiß noch weniger.

Gleichwohl hatte die Presse vom ersten Tag an Bedeutung für die Entwicklung der Krise, überhaupt für die Wahrnehmung, dass eine „Krise“ eingetreten sei. Wichtige Entscheidungen konnten zwar im Sommer 1914 *de iure* ganz im Stil traditioneller „Arkanpolitik“ geheim getroffen werden, in ihrer Umsetzung – man denke vor allem an die Mobilmachungen – bedurften sie aber *de facto* der Unterstützung von Millionen, die vor dem Ersten Weltkrieg noch fast ausschließlich über die Zeitungslektüre an der weltpolitischen Aktualität teil hatten.⁴⁰ Bereits zwischen dem Attentat von Sarajevo und dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien spielte die Presse eine wesentliche Rolle⁴¹ – schon deshalb, weil die Regierenden dazu neigten, die öffentliche Meinung ihres oder eines anderen Landes aus einer begrenzten Anzahl von Zeitungen herauszulesen, und ihr mithin eine erhebliche Relevanz beimaßen.⁴²

Zudem setzten Politiker die Presse gezielt als Instrument zwischenstaatlicher Kommunikation ein. Besonders charakteristisch ist der „Versuchsballon“ Gottlieb von Jagows. Der Staatssekretär an der Spitze des Auswärtigen Amtes ließ ihn am 19. Juli in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ steigen. Anonym unterbreitete er in dem Blatt den Vorschlag einer „Lokalisierung“ des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts – mit heftigen Reaktionen in der französischen Presse.⁴³ Nach solchen „inspirierten“ Stellungnahmen durchsuchten Politiker und Diplomaten die Blätter anderer Staaten, hofften sie doch, auf diese Weise die Handlungslogik von Freund und Feind indirekt verstehen zu können.⁴⁴ Eine direkte Form der politischen Instrumentalisierung der Presse hingegen stellten finanzielle Zuwendungen ausländischer Regierungen an Redaktionen im Ausland dar. So investierte das Zarenreich vor dem Krieg systematisch, geheim und bis hin zum „Artikelkauf“ in französische Zeitungen, um auf eine den russischen Interessen gemäße Berichterstattung hinzuwirken.⁴⁵

Die grenzüberschreitende Kommunikation mittels offiziöser Organe oder „gekaufter“ Artikel bedeutete die praktische Anerkennung einer schlichten, aber für den weiteren Verlauf der Julikrise

überaus folgenreichen Tatsache: Längst prägte die Presse mit ihren Schlagworten, Deutungsmustern, Auswahl- und Gewichtungseinscheidungen maßgeblich das Diskussionsfeld der Öffentlichkeit, auf dem auch außenpolitische Aktionen gesellschaftlich legitimiert werden mussten, um durchsetzbar zu sein.⁴⁶ Zu Recht betont die jüngere Forschung nachdrücklich, dass Medien keineswegs nur bestehende öffentliche Meinungen reflektierten,⁴⁷ sondern sie auch prägten. Zudem wirkten Wahrnehmungen, Emotionen und Gesprächsstoffe der Millionen von Menschen, die diese Zeitungen täglich lasen und zitierten, auf die Redaktionsstuben zurück: Erfolgreiche „Massenkommunikation“ konnte und kann nicht völlig absehen von dem, was Menschen tatsächlich denken, wollen oder fühlen; sie braucht immer die Rückbindung an irgendeine Form der gesellschaftlichen Basis.⁴⁸

Wie die Presse genau den Verlauf der politischen Ereignisse beeinflusst hat, wird sich im Einzelfall nur sehr schwer nachweisen lassen.⁴⁹ Insgesamt aber spricht vieles für die These Herfried Münklers über die Julikrise: „Die Deutungseliten haben sich nachhaltig in das Geschäft der Entscheidungseliten eingemischt, und dabei haben sie mehr zur Eskalation als zur Moderation des Kriegsgeschehens beigetragen.“⁵⁰ Die Presse zählte zu den relevanten Faktoren der Politik, die „Aufwallungen der öffentlichen Meinung“ stellten eine Art von „Umbrandung“ dar, wie es jüngst Gerd Krumeich beschrieben hat.⁵¹ Just ihre Aufwallungen strukturierten die Wahrnehmungen und Handlungen der Entscheidungsträger – und zwar im Sinne des „über den Kopf gewachsenen“ Werkzeugs, von dem Karl Kraus sprach, auch dann, wenn sie selbst über offiziöse Kanäle als Miturheber an deren Entstehung beteiligt waren.⁵²

2. „ÖFFENTLICHE MEINUNG“ ALS ARGUMENT

Selbst Quellen aus der vermeintlich arkanen Großmacht-Diplomatie zeugen von Wechselwirkungen zwischen Presse und Politik – beispielsweise ein Telegramm des deutschen Botschafters in London vom 29. Juli 1914, unmittelbar nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns gegenüber Serbien an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin gesandt. Der Londoner Botschafter berichtete darin von einem Gespräch mit dem britischen Außenminister Edward Grey, der den britischen Friedenswillen ausdrücklich unter den Vorbehalt stellte: „die *Regierung* müsse auch mit der *öffentlichen Meinung rechnen*“, die sich gegen Österreich wende.⁵³ So versuchte Grey den deutschen Kaiser unter Druck zu setzen und tat

nebenbei das, wozu Politiker jener Tage mit gutem Grunde neigten: von „öffentlicher Meinung“ zu sprechen, wenn sie eigentlich „Presse“ meinten.⁵⁴

Dass Grey die britische Presse als Argument vorschlebe, aber letztlich lediglich bluffe, notierte wiederum Wilhelm II. auf dem Rande des ihm vorgelegten Telegramms. Der Kaiser tat dies in großer Rage, wie seine Bemerkungen über die seiner Ansicht nach scheinheilige britische Regierung bezeugen: „wenn sie will, kann sie die öffentliche Meinung wenden und dirigieren, da ihr die Presse unbedingt gehorcht“.⁵⁵ Letzteres wird man mit Fug und Recht bestreiten dürfen: Gerade die Verleger der Fleet Street verstanden sich keineswegs als Befehlsempfänger der britischen Regierung und betrieben mit ihren Zeitungen selbst die Politik, die ihnen richtig dünkte. Pressemogule wie Hearst in den USA oder Beaverbrook in Kanada und Großbritannien, nicht zu vergessen Northcliffe, verstanden sich dezidiert als Anwälte der kleinen Leute,⁵⁶ von deren massenhaftem Kaufverhalten auch der wirtschaftliche Erfolg ihrer Blätter abhing.

Kaiser Wilhelm II. und Grey zeigten sich bei allen persönlichen und politischen Differenzen in einem Punkte indes bemerkenswert einig: dass es auf die Presse ankomme, dass Zeitungen ein wesentlicher Faktor der Politik seien. Von dieser aus den zeitgenössischen Quellen stammenden und in der jüngeren Forschung wieder verstärkt ins Bewusstsein gebrachten Prämisse⁵⁷ geht der vorliegende Band aus, der den publizistischen Weg vom Attentat in Sarajevo bis zum Kriegsausbruch in einer Auswahl aus der jeweiligen Hauptstadt- und Provinzpresse verschiedener Nationen untersucht; seine Beiträge vollziehen die Deutungen der Julikrise nach, wie sie sich den Lesern der untersuchten Zeitungen Tag für Tag präsentierten.

Medien lassen sich grundsätzlich nicht als bloßer „Spiegel“ einer „öffentlichen Meinung“ auffassen, wie die jüngere Forschung zu Recht betont,⁵⁸ allerhöchstens als „Vexierspiegel“, der kaum Rückschlüsse auf die Repräsentativität bestimmter Überzeugungen ermöglicht: „Die öffentliche Meinung ist ein Vexi[e]rspiegel, der die Dinge bald zu groß bald zu klein zeigt, aber immer verzerrt“, hat der Aphoristiker Johann Jacob Mohr bereits im späten 19. Jahrhundert notiert.⁵⁹ Was in den Zeitungen des Sommers 1914 zu lesen war, stand in einem aufschlussreichen Zusammenhang mit Wahrnehmungen, Emotionen und Deutungen einer in die Millionen gehenden Zeitungsleserschaft. Um längerfristig erfolgreich zu sein, muss sich Journalismus schließlich adressatenorientiert verhalten – wobei auch stete Provokation diesem Zweck genügen kann, wie etwa Karl Kraus' „Fackel“ oder die Berliner „Schaubühne“ zeigen – und

die ungeschriebenen, aber mächtigen Gesetze beachten, die Michel Foucault als die zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden „Regeln der ‘diskursiven Polizei‘“ bezeichnet hat.⁶⁰ Diese legen fest, was in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich gesagt oder geschrieben werden kann und darf. Foucault zufolge reicht es zum Beispiel in einer Wissenschaftsdisziplin nicht, das „Wahre“ zu formulieren, um „im Wahren“ zu sein. Um letzteres zu erreichen, müssten die Normen der besagten „‘diskursiven Polizei‘“ eingehalten werden.⁶¹ Geht man von der Übertragbarkeit dieser Beobachtung auf das Feld der politischen Öffentlichkeit aus, so ermöglicht die Presseanalyse Rückschlüsse auf das zu einem bestimmten Zeitpunkt in wichtigen Lesergruppen „Formulierbare“. Auch wenn auf diesem Wege eine „repräsentative“ Rekonstruktion von „öffentlicher Meinung“ sicher nicht gelingen kann,⁶² so lassen sich doch Bestrebungen erfassen, die öffentliche Meinung zu prägen. „Öffentliche Meinung“ für sich zu beanspruchen, war nämlich selbst ein politisches Argument:

Das Konzept der „Regeln ‚diskursiver Polizei‘“ sollte just aus diesem Grunde gerade nicht dazu verleiten, von einem Determinismus auszugehen. Freiräume für ein individuelles Abweichen von den gesellschaftlich dominierenden Vorstellungen bestanden fort. Ein berühmtes Belegbeispiel für die Existenz derartiger Freiräume war die Kriegskritik des französischen Schriftstellers Romain Rolland. Er hatte im September 1914 im „Journal de Genève“ einen Artikel unter dem Titel: „Über dem Getümmel“ („Au dessus de la mêlée“) veröffentlicht, in dem er Regierungen und Eliten anklagte, Europa auf Kosten seiner Völker in einen verbrecherischen Krieg mit sich selbst gestürzt zu haben. Er hielt es – in einer zugleich pazifistischen und rassistischen Argumentation – für unerträglich, dass die „größten Völker des Okzidents, die Hüter der Zivilisation“, in ihrem Kampf die „Barbaren des Pols und des Äquators, die Seelen und Häute aller Farben“ gegeneinander einsetzten.⁶³ Für diese Gedanken wurde Rolland in Frankreich zwar scharf angegriffen; kriegskritische Passagen aus seiner Feder konnte aber immerhin trotz zensurbedingter Verzögerung in der sozialistischen Zeitung „L’Humanité“ veröffentlicht und sogar wohlwollend kommentiert werden.⁶⁴

Die „Regeln ‚diskursiver Polizei‘“ waren mächtig, aber nicht allmächtig. Wo sie im einzelnen wirkten, wo hingegen nicht, läßt sich analytisch kaum scheiden. Ähnliches gilt für eine andere Grundsatfrage, in der geschichtsphilosophische und normative Erwägungen mitschwingen: die Frage nach den Spielräumen des einzelnen Autors. Ob Presseberichterstattung vorwiegend strategisch und intentional agiert oder gerade nicht, darüber läßt sich trefflich diskutieren. Aber eines kann man nicht bestreiten: Sie erzeugt und

verbreitet in jedem Falle – um Lippmanns Begrifflichkeiten noch einmal aufzugreifen – bewußtseinsprägende und handlungsleitende „Weltkarten“, die mit der „Welt da draußen“ nur bedingt etwas zu tun haben müssen – die also zugleich in der Darstellung dieser Welt sehr realitätsfern und doch in ihrem potentiellen Einfluß auf das künftige Geschehen darin hochgradig realitätsprägend sein können.⁶⁵ Dass diese „Weltkarten“ im Juli 1914 in der Presse der verschiedenen europäischen Hauptstädte teilweise in einem diametralen Widerspruch zueinander standen, ist neben den „harten Fakten“ der Bündnisverpflichtungen und Rüstungspotentiale ein wesentlicher Grund dafür, dass es zum Ausbruch des Krieges kommen konnte. Die öffentliche Meinung wurde in diesem Sinne zum argumentativen Selbstläufer.

3. QUELLENWERT UND QUELLEN AUSWAHL

Presseartikel sind in mancherlei Hinsicht besonders problematische Quellen. Die Schwierigkeiten beginnen bereits mit ihren Verfassern; im Gegensatz zu heutigen Gepflogenheiten war es vor einhundert Jahren keineswegs üblich, dass sämtliche Artikel namentlich gezeichnet wurden – Autoren publizierten oft anonym, so dass ihre politischen und ökonomischen Zugehörigkeiten beziehungsweise Abhängigkeiten in vielen Fällen unbekannt bleiben und die Presse eben „ihr innerstes Wesen niemals ganz offen enthüllt“.⁶⁶ Also liegt die Genese einzelner Beiträge oft im Dunkeln, ebenso wie ihre Wirkung auf den Leser: Die Analyse der Berichterstattung erlaubt keine Rück-, sondern allenfalls Kurzschlüsse auf die Meinungsbildung der Rezipienten. Wie einzelne Artikel gewirkt haben, lässt sich nur in seltenen Fällen beurteilen. Welcher Leser nach der Lektüre eines scharfen Artikels gegen die serbische Regierung oder gegen das österreichisch-ungarische Ultimatum bekräftigend genickt, welcher hingegen sich kopfschüttelnd abgewandt hat, geht aus dem betreffenden Artikel selbst nicht hervor.

Die Wirkung des einzelnen Artikels auf die Leser lässt sich kaum ermessen, wohl aber die Tendenz ganzer Serien von Berichten und Kommentaren. Dafür interessieren sich die hier versammelten Beiträge und fragen, wie die einzelnen Ereignisse – vom Attentat selbst über das Ultimatum an Serbien bis hin zur Überquerung der belgischen Grenze durch deutsche Truppen – in der Presse gedeutet wurden. Was konnten Leser in den verschiedenen europäischen Staaten aus den untersuchten Zeitungen über den Verlauf der Ereignisse erfahren? Welche Ereignisse wurden in den jeweiligen Pres-

seorganen überhaupt erwähnt? Wie wurden sie gedeutet: sowohl implizit durch die Art der Darstellung als auch explizit durch Kommentare?

Eine solche kommentierte Presseschau, die freilich eine ausschnittshafte bleiben muss, erlaubt Rückschlüsse auf die politischen Kulturen der jeweiligen Nationen. Sie hebt zudem populäre Deutungsmuster hervor, die schon in Friedenszeiten bereitlagen, aber erst unter dem Eindruck von Krise und Kriegsbeginn intensiv genutzt und zugespitzt wurden⁶⁷ – gewendet gegen den äußeren Feind, der nun rasch konstruiert wurde, gewendet aber auch nach innen zur Stiftung nationaler Einheit. Wie in den hektischen Tagen des Kriegsausbruches schließlich jene Konzepte die Berichterstattung zu prägen begannen, die etwa in Deutschland bald als die „Ideen von 1914“ propagandistische Furore machen, wird darin zudem in ersten Ansätzen erkennbar.⁶⁸

Wenn sich die Beiträge dieses Sammelbandes vor allem mit der jeweiligen Hauptstadtresse auseinandersetzen, so meint dies: mit Zeitungen, die für die Berichterstattung über Politik und die Formung von Politiken von besonderer Relevanz waren. Nicht der Erscheinungsort ist dafür der zentrale Indikator. Es konnten auch Zeitungen fernab der politischen Hauptstadt Leitmedien sein; die „New York Times“ etwa beeinflusste die amerikanische Politik wesentlich intensiver als die vergleichsweise kleine „Washington Post“, die „Neue Zürcher Zeitung“ stellte bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts das schweizerische Leitmedium dar.⁶⁹ Auch die Auflagenhöhe eignet sich nur bedingt, um die Bedeutung einer Zeitung als Indikator und Faktor der Politik zu beschreiben; die „Vossische Zeitung“ verfügte über deutlich weniger Abonnenten als andere Berliner Blätter, genoss aber aufgrund ihres guten Zugangs zu Regierungsquellen ein besonderes Prestige.⁷⁰ Ähnliches gilt für die „Times“ in London.

Nicht alle Hauptstädte der am Krieg beteiligten Nationen, nicht einmal alle europäischen Hauptstädte sind im vorliegenden Buch durch eigene Beiträge vertreten. Vertreten sind jene, in denen letztlich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs seinen Ort hatte – Wien, Berlin, Sankt Petersburg, Paris, London. Das heißt nicht, durch eine Ausblendung Belgrads die soeben erst in Erinnerung gerufene „balkanische“ Dimension des Krieges⁷¹ zu verkennen. Christopher Clark hat Serbien geradezu ins Zentrum der Kriegsursachendiskussion gerückt, obwohl dessen Regierung ungeachtet der Verstrickung von Teilen seines Militär- und Geheimdienstapparats in das Attentat von Sarajevo⁷² kein gezieltes Hinarbeiten auf einen Waffengang mit Österreich-Ungarn nachgewiesen werden kann. Selbst der nicht

gerade defensive Wilhelm II. sah mit der weitgehenden Annahme des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien „im Grossen und Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt“, hielt die Antwort Belgrads für eine „Kapitulation der demüthigsten Art“ und ging davon aus, dass damit „jeder Grund zum Kriege“ entfalle.⁷³

Andernorts – nicht in dem existentiell auf die Großmacht Russland angewiesenen Belgrad⁷⁴ – spielte die Marschmusik. Das zeigt die Berichterstattung der Zeitungen. Die Presse in Wien, in Berlin, in Sankt Petersburg, in Paris, in London lässt erkennen, wo und in welchem Klima die wesentlichen Weichenstellungen vorgenommen wurden. Bezeichnenderweise betrieben die großen Mächte auch in den Spalten der Presse eine Nabelschau, weil die mannigfachen Presseschauen eben vorwiegend auf die anderen großen Staaten blickten und weil vor allem am Ende der Julikrise kaum mehr über Serbien berichtet wurde, geschweige denn über die serbische Presse. Serbien war in den letzten Julitagen ein Gegenstand der Großmachtpolitik, ebenso wie Luxemburg und Belgien in den ersten Augusttagen.

Den Rahmen dieses Bandes sprengte es, außerdem sämtliche neutrale Staaten untersuchen zu wollen – obschon es durchaus von Interesse sein dürfte, wie etwa die skandinavischen Hauptstadtzeitungen, die niederländischen oder die spanischen den Kriegsbeginn und den Weg in den Krieg begleitet haben, von außereuropäischen Nationen ganz abgesehen, auch von den Reaktionen in den europäischen Kolonien. Drei Hauptstädte von Ländern, die zunächst einmal Neutralität wahrten, fanden im vorliegenden Band indes Berücksichtigung. Zu nennen ist zuerst Konstantinopel. Die seit dem 19. Jahrhundert andauernde Rückzugsgeschichte des Osmanischen Reiches aus Südosteuropa, die im Ersten und Zweiten Balkankrieg (1912/1913) besonders blutig kulminierte, stellte ohne jeden Zweifel einen wesentlichen Teil der unmittelbaren Vorgeschichte des Weltkriegs dar.⁷⁵ Das im Windschatten zumindest der deutschsprachigen Forschung gelegene Imperium trat erst spät in den Weltkrieg ein, prägte aber seinen Verlauf doch auf entscheidende Weise, weil die Entente die strategisch so bedeutende Gallipoli-Schlacht verlor; sich in die mediale Perspektive des „Kranken Mannes am Bosphorus“ in der Julikrise einzufinden, eröffnet zudem einen Blick von außen.

Einen solchen bieten auch die USA, die erst nach intensiven Diskussionen im Jahre 1917 auf Seiten der Entente intervenierten; Julikrise und Kriegsausbruch bestätigten hier vor allem Vorurteile gegenüber den Maximen der europäischen Politik⁷⁶ und stießen einen langen und zähen Streit um eine Intervention an. Schließlich konstituierte die Schweiz einen militärisch unbedeutenden Staat

in der Mitte Europas, der an allen Seiten von gegnerischen, kriegführenden Parteien umgeben war und doch bis zum Ende Neutralität wahrte: Bemerkenswert ist nämlich, wie die deutschsprachige „Neue Zürcher Zeitung“ sich um journalistische Neutralität mit ausgewogener Berichterstattung bemühte und gerade nicht, am allerwenigsten eine österreichisch-deutsche, Partei ergriff.⁷⁷

Auch an diesem Beispiel wird deutlich: Die Krisenzeitungen aus den Monaten Juli und August beförderten teils die Krise, teils suchten sie die Krise zu verhindern. Dass sie ersteres offenkundig mit mehr Wirkung taten als letzteres, beobachtete Karl Kraus scharf. Er bezeichnete, wenngleich mit absichtsvoll überspitzter Feder, die „Selbstverstümmelung der Menschheit durch ihre Presse“ als eigentlich epochale Entwicklung.⁷⁸